

## Antrag

**der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Katrin Kunert, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.**

### Wohngelderhöhung vorziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

Die vom Deutschen Bundestag beschlossene Erhöhung des Wohngeldes ab dem 1. Januar 2009 wird um drei Monate auf den 1. Oktober 2008 vorgezogen.

Berlin, den 23. September 2008

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

### Begründung

Zum Zeitpunkt der Debatte über das neue Wohngeldgesetz sind die Wirkungen und das Ausmaß der Energiekostenentwicklung in diesem Jahr nicht ausreichend berücksichtigt worden. Der Beschluss des Deutschen Bundestages zum Gesetz zur Neuregelung des Wohngeldrechts und zur Änderung anderer wohnungsrechtlicher Vorschriften vom 25. April 2008 und die anschließende Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses hat dieser Preisentwicklung nicht in ausreichendem Maße Rechnung getragen.

Die Fraktion DIE LINKE. sieht die rund 600 000 einkommensschwachen wohngeldberechtigten Haushalte in einer besonderen Notlage. Mit einer vorgezogenen Wohngelderhöhung können und müssen zusätzliche Armutsrisiken verhindert werden. Dabei ist es nicht von grundsätzlicher Bedeutung, ob die betroffenen Haushalte den Erhöhungsbetrag im Oktober oder rückwirkend ausgezahlt bekommen. Entscheidend ist, dass sie zusätzlich für drei Monate von den gestiegenen Wohnkosten entlastet werden.

Daher begrüßt und unterstützt die Fraktion DIE LINKE. die Vorschläge des Vorsitzenden der Fraktion der SPD im Bundestag, Dr. Peter Struck, des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, und des Bundesministers der Finanzen, Peer Steinbrück, die zum 1. Januar 2009 in Kraft tretende Wohngelderhöhung um drei Monate vorzuziehen.

